

# Spangenberg Zeitung.

Blatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

### Ercheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27. Telegramm-Adresse: Zeitung.



### Anzeigen

werden die sechsgehaltene 3 mm hohe (Reit-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Plakate, Plakaten kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Plak. Anzeigenschriften und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.

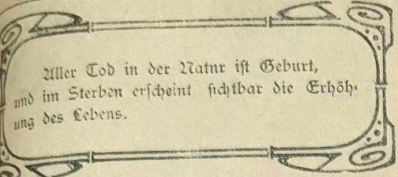
Annahmegerühr für Offerten und Anstunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

18. Jahrgang.

Donnerstag, den 29. Oktober 1925.

Nr. 128.



### Die französische Finanzkrise.

Noch ehe das französische Parlament zusammengetreten ist, hat das Kabinett Painlevé die Währungsfrage in Paris zusammengetreten wäre, um den griechisch-bulgarischen Streitfall zu schließen, so wird der Rücktritt schon einige Tage früher erfolgt. In der Nacht sollte Briand die Verhandlungen noch als Außenminister eröffnen, wenn er sie nicht als bloß „geschäftsführender“ weiterführen muß. Die Mitglieder des Kabinetts Painlevé mit der hohen Verantwortung mit dem Vertrag von Locarno, die zu tun. Das Kabinett ist lediglich über die Finanzfrage gestürzt, die auch schon das Kabinett Herriot zu Fall gebracht hat.

Ein Kurswechsel in der Außenpolitik ist unter diesen Umständen nicht zu erwarten. Man nimmt an, daß das Kabinett Painlevé nach Ausschiffung des Finanzministers Caillaux im wesentlichen in der alten Zusammensetzung wiederkehren wird. Man spricht allerdings auch von der Möglichkeit eines Kabinettswechseln oder eines Kabinetts Herriot, doch gilt Painlevé als Favorit. Als Nachfolger Caillaux' wird wohl Geney genannt, den man als das beste Pferd aus dem französischen Finanzstall betrachtet. Ob er im wesentlichen, woran seine Vorgänger Caillaux und Herriot gescheitert sind, bleibt abzuwarten.

Leicht ist die Arbeit jedenfalls nicht. Auch Caillaux wurde bei seinem Amtsantritt mit großen Erwartungen begrüßt, und im Anfang schien auch alles gut zu gehen. Mit einem eigentlichen Finanzprogramm trat Caillaux allerdings zunächst nicht hervor. Sein oberster Grundsatz war, erst einmal die französischen Auslandsschulden zu regeln, um damit eine Grundlage zu schaffen, auf der weitergebaut werden konnte. Bei seinen Verhandlungen in London ging er auf sehr gut, und bei seiner Rückkehr nach Paris wurde er als Mann mit ihm überertränge. Das war aber nicht mehr als ihm überertränge. In Washington vollzogen seine Besuche. In Washington vollzogen seine Besuche. In Washington vollzogen seine Besuche.

Zwischen hatte aber auch die innere Anleihe, die von Caillaux einen Ertrag von 20-30 Millionen erhofft hatte, mit einem Mißerfolg geendet. Hier 6 Milliarden waren zusammengelommen, die zur Bilanzierung des Haushalts umso weniger ausreichten, als die Ausgaben durch die Kriege in Marokko und Syrien unheimlich angeschwollen waren. Dazu kam, daß durch die zunehmende Inflation - ähnlich wie früher bei uns - die Staatseinnahmen zurückgingen, die Ausgaben stiegen.

Nun erst entschloß sich Caillaux zur Vorlegung eines Finanzsanierungsplanes, der aber auch nicht den Beifall seiner Ministerkollegen fand, und verurteilt wurde. In der Kammer auf lebhaften Widerstand stieß er. Der Hauptstreitpunkt ist die Frage der Kapitalabgabe. Caillaux konnte sich nicht entschließen, die von Painlevé und der Mehrheit des Kabinetts vorgeschlagene Kapitalabgabe in dem Programm aufzunehmen, wobei vielleicht die Ermäßigung maßgebend war, daß die Kapitalabgabe im Senat keine Mehrheit finden würde.

Um diese Frage der Besitzbesteuerung wird nun ein Kampf entbrennen. Den einzelnen Gruppen des Reichstags ist bereits die Frage vorgelegt worden, ob sie bereit sind, die Auflösung des Parlaments zu beantragen, damit den Wählern Gelegenheit gegeben werden, sich für oder gegen die Kapitalabgabe zu entscheiden. Sollte es zu einer Auflösung der Kammer kommen, so könnte dieser rein innerpolitische Finanzkampf doch noch weitergehende Folgen haben, da in den Wahlkampf natürlich auch die äußere Politik hineinspielen würde. Die Poincaréisten würden diese Gelegenheit wohl kaum entgehen lassen, die nationalistischen Leidenchaften aufzupeitschen. Was wird aus Locarno, wenn etwa ein Poincaré wieder ans Ruder kommen sollte?

### Auffschub der Räumung Kölns. Bis Mitte Februar.

Die Londoner „Times“ berichten aus Paris, die Frage der Räumung Kölns könne für so gut wie geregelt angesehen werden. Weder die französische noch die britische Regierung beabsichtigen, irgendwelche ernstlichen Einwände zu machen, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung den Geist, in dem die Verhandlungen in Locarno geführt wurden, beibehalte. Die Gegenwärtigkeit, die die französische Regierung beeinflusst habe, sei die Annahme, daß die Alliierten durch Erleichterungen in der Besetzung die Kräfte der Währungsnot in Deutschland stärken werden.

An Stelle dieser englischen Stimmungsmache wäre es besser, wenn die Engländer endlich ernstliche Anstrengungen zur Räumung machen wollten. Davon merkt man aber noch nichts. Es sieht im Gegenteil ganz so aus, als ob man den Räumungsbeginn bis hinter den 1. Dezember hinausschieben will; man will offenbar die Unterzeichnung Deutschlands in der Tatgehe, ehe man auch nur die geringsten Zugeständnisse macht. Vorläufig scheint man sich noch nicht einmal über die künftige britische Besatzungszone einig zu sein. Die Engländer beanspruchen neuerdings außer Westfalen und dem Rheingau auch noch Bingen und Andernach.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ sollen die Vorbereitungen für den Umzug erst nach dem 1. Dezember beginnen, und zwar sollen dann erst die Quartiere hergerichtet werden. Der Umzug selbst soll erst im Januar beginnen und bis Mitte Februar beendet sein.

Während so die Räumung Kölns systematisch hinausgeschoben wird, hört man von weitergehenden Auswirkungen in bezug auf das Rheinlandregime überhaupt noch nichts. Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Reichsregierung ihre Unterzeichnung unter den Vertrag von Locarno davon abhängig gemacht hat, daß man vorher etwas von diesen Militärforderungen sieht. Nicht schöne Worte, sondern Taten erwarten wir von unseren Vertragsgegnern.

### Der neue Reichswirtschaftsrat.

#### Erweiterung seiner Befugnisse.

Das Reichswirtschaftsministerium gibt jetzt die Referentenentwürfe über den endgültigen Reichswirtschaftsrat bekannt. Die Vorlage besteht aus zwei Entwürfen, von denen der eine als Rahmengesetzentwurf die grundlegenden Bestimmungen über den Aufgabebereich, die Stellung und die Rechte des endgültigen Reichswirtschaftsrats, der andere die zur Ausführung des Rahmengesetzes erforderlichen Vorschriften enthält. Die Mitgliederzahl des endgültigen Reichswirtschaftsrates soll nur 126 betragen gegenüber 326 des vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

Sichtlich der Stellung und Befugnisse ist vorgesehen, daß dem Reichswirtschaftsrat wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung zur Begutachtung vorgelegt werden sollen, und daß der Reichswirtschaftsrat, soweit zugänglich, auch schon bei den Vorarbeiten zu solchen Gesetzentwürfen gehört werden soll.

Der Reichswirtschaftsrat erhält ferner nach Artikel 163 der Reichsverfassung ihm zugeordnete Rechte, eigene Gesetzesvorlagen zu beantragen; die Reichsregierung ist verpflichtet, solche Vorlagen beim Reichstag einzubringen, wobei der Reichswirtschaftsrat, wenn die Reichsregierung einer Vorlage nicht zustimmt, diese durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten kann.

Um auch für die Gutachtentätigkeit eine engere Verbindung zwischen Reichswirtschaftsrat und den gesetzgebenden Körperschaften herzustellen, ist weiterhin vorgesehen, daß der Reichswirtschaftsrat auf Verlangen der Reichsregierung oder von Reichsrat, Reichstag oder deren Ausschüssen seine Gutachten vor Reichsrat und Reichstag und ihren Ausschüssen mündlich erläutern lassen kann. Außerdem sind neben den Vertretern der Länder umgehört auch Reichstagsabgeordnete auf Grund eines entsprechenden Beschlusses des Reichstags oder eines Reichstagsausschusses zur Anwesenheit in den Verhandlungen der Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats berechtigt.

### Die Volkspartei zu Locarno.

Zustimmung unter den bekannten Vorbehalten. Die Entschließung, die der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in ihrer Sitzung am Dienstag angenommen haben, erklärt zunächst, daß das Vertragswerk von Locarno in allen wesentlichen Punkten dem Grundgedanken der deutschen Antwortnote vom 20. Juli und somit auch den Richtlinien der Deutschen Volkspartei vom 2. Juli entspricht. Weiter heißt es dann:

„Artikel 1 des Vertrags verpflichtet zum Bestehen auf den Angriffskrieg, läßt aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker und alle anderen Möglichkeiten friedlicher Entwicklung offen. Artikel 6 enthält keine Anerkennung des Versailleser Vertrages, stellt vielmehr nur in Übereinstimmung mit der deutschen Antwortnote vom 20. Juli fest, daß der Abschluß des Sicherheitsvertrages keine formelle Änderung der bestehenden Verträge bedeutet. Deutschland verzichtet nicht auf die im Versailleser Vertrag selbst gesteckten sowie die durch fortwährende friedliche Entwicklung herbeizuführenden Abänderungsmöglichkeiten.“

Bezüglich des Artikels 16 der Völkerbundsatzung wird erklärt, daß durch die Note der Vertragsgegner klar gestellt wurde, daß Deutschland selbst Richter ist der Art und Weise, in welcher es seine Möglichkeiten erfüllt. Von den französischen Anträgen wird erklärt, daß sie lediglich eine Aufhebung der bisherigen französischen Militärbündnisse in die Völkerbundsatzung bedeuten. Dann heißt es weiter:

„Wenn der Vertrag von Locarno, wie es alle Beteiligten zum Ausdruck gebracht haben, ein Bestandenes Friedens sein soll, so muß dieser Friedenszustand sich aber auch im besetzten deutschen Gebiet auswirken. Das ganze Werk darf somit erst dann in Kraft treten, wenn nicht nur die alsbaldige Räumung der ersten Rheinlandzone, unabhängig von der Bereinigung der Entwaffnungsfrage sichergestellt ist, sondern auch die beteiligten Mächte den mündlichen Zusicherungen ihrer Delegationsführer entsprechend im übrigen besetzten Gebiet alsbald einen Zustand herbeizuführen, der eine grundlegende Änderung des Besatzungsregimes und den Anfang der endgültigen Räumung darstellt. Ohne solche entscheidenden Maßnahmen der Reichsregierung kann der Vertrag von Locarno nicht annehmen.“

Zum Schluss wendet sich die Entschließung gegen die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei, von der gesagt wird: „Statt mit uns und den anderen Parteien an der Durchführung der von ihr selbst bis vor kurzem verfolgten Politik mitzuarbeiten, hat sie kurz vor Erreichung des Zieles sich von der weiteren Mitwirkung selbst ausgeschlossen. Für die außen- und innenpolitischen Folgen trägt sie die volle Verantwortung.“

### Le: Dolchstoß-Prozess.

#### Roste als Zeuge.

Am Mittwoch wurde im Münchener Dolchstoß-Prozess der Oberpräsident von Hannover, Gustav Roste, vernommen. Er sagte u. a. aus: Wenn die Stimmung im Lande und an der Front während des Krieges allmählich eine fortschreitende Verschlechterung erfuhr, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß die Stimmung durch die Sozialisten verdorben wurde, sondern darauf, daß Not, Elend, blutige Verluste, Seelennot usw. immer mehr und mehr die Familien beherrschte. Hinzu kam die Unmöglichkeit der Regierung und der Obersten Heeresleitung, sich auf die Seelenstimmung des Volkes einzustellen. Aus diesen Ursachen ist dann der Zusammenbruch in dieser katastrophalen Art über uns gekommen. Ueber

die Zulässigkeit des U-Boot-Krieges an sich befand in unserer Partei kein Zweifel. Jedoch wurde später die Art der Anwendung des U-Bootkrieges unter dem Gesichtspunkt beurteilt, wie uns dadurch nicht noch mehr Feinde auf Hals laden würden. Zur Dolchstoßfrage gehört die Frage des Munitionsarbeiterstreiks. Die Sozialdemokratische Partei hat niemals diesen Munitionsarbeiterstreik direkt oder indirekt gefördert. Der Zusammenbruch sei auch dadurch herbeigeführt worden, daß wir Männer an die Spitze des Reiches bekommen haben, die ihren Aufgaben nicht gewachsen waren.



